

Tristan Abromeit
Mitglied der FDP
im Kreisverband Neustadt a. Rbge.

Hannover, Ende September 1971

Herrn
Prof. Dr. Maihofer
Vorsitzender der Programmkommission
der FDP
4800 Bielefeld
Cranachstr. 10 a

Offener Brief ¹ zum Thema Parteiprogramm

Sehr geehrter Herr Professor Maihofer,
da mich sowohl der Inhalt des Entwurfes der Programmaussage Gesellschaftspolitik
wie auch die Bewertung der Programmarbeit betrübt, erlaube ich mir, in dieser Form
- als eine Art Notwehr - Stellung zu nehmen.

1) Vorbemerkungen:

1.1) Manche Zeitgenossen wundern sich, daß Mitbürger resignieren oder aus Empörung und Verzweiflung zu Steinen, Feuer oder sogar zu Bomben greifen (ein greiser Philosoph aus Frankreich will neuerdings den Schrittmacher spielen); ich hingegen wundere mich, daß bei der gegebenen Verlogenheit und Herzensträgheit die Gewaltanwendung so gering ist. (Ich spreche als Pazifist!) Es fällt doch heutzutage sehr schwer, die christlichen Tugenden „Liebe“ und „Duldsamkeit“ - auch gegenüber Parteifreunden - zu praktizieren. (Ich spreche als Nicht-Christ!)

1.2) Für die nachfolgenden Ausführungen ist es nicht unbedeutsam zu erwähnen, daß ich den Zugang zur Marktwirtschaft durch die von Gesell begründete Freiwirt-

1 Die Vervielfältigung und der Versand wurde freundlicherweise vom Vorstand des FDP-Kreisverbandes Neustadt a. Rbge. Vorgenommen. Eine inhaltliche Identifizierung des Vorstandes mit dem Inhalt bedeutet das allerdings nicht.

Aus meinem Brief vom 11. 10. 1971 an die Parteifreunde Dahrendorf, Flach und Maihofer:

„...Aufgrund von Äußerungen des Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes, Herrn Domscheit's, hatte ich mich für kurze Zeit der Hoffnung hingegeben, daß ich erstmals in meinem Engagement für die Liberalität durch ein Parteiorgan unterstützt würde. Also die Fußnote 1 stimmt nicht, der Vorstand wird den Offenen Brief nicht drucken lassen und versenden.“ ...

schaftsschule² gefunden habe. Diese Schule hat in den Universitäten keinen Platz, dafür aber viel Verachtung gefunden. Ihre Denkergebnisse werden aber von der modernen Sozialwissenschaft Stück für Stück nachvollzogen und haben Karl Walker in die Lage versetzt, ein Milliarden-Leck in unserem Mehrwertsteuersystem zu entdecken. (s. Ziffer 7.3)

1.3) Da bekanntlich Argumente nicht zählen und ich keine Autorität durch Amt, Geld oder Gefolgsleute besitze, können Sie jetzt getrost das Schreiben zur Seite legen und Ihren Sekretär beauftragen, mir eine unverbindlich-verbindliche Empfangsbestätigung zu schreiben.

2) Über die Wirkung des Parteiprogrammes

2.1) Verdirbt Politik doch den Charakter?

Zitate aus der "Wirtschaftswoche" Nr. 37, S. 4 und 7: „Den Freien Demokraten ist ein Dreh eingefallen, mit dem sie Linksliberale bei der Stange halten wollen, ohne ihr mittelständisches Wählerreservoir aus Freiberuflern, Selbständigen und mittleren Einkommensbezieher zu gefährden. Der Dreh besteht darin, radikale Forderungen in das Grundsatzprogramm aufzunehmen, in dem laufenden politischen Entscheidungsprozeß aber die Interessen der Stammwähler zu wahren, ...“ „Vorsorglich wurde allerdings die Parole ausgegeben, daß Parteiprogramm und Koalitionsvereinbarung zur Steuerreform zwei sehr verschiedene Dinge sein könnten.“

Frage an die Psychologen: Ist diese Roßtäuscherei durch die Erbanlage oder durch die Umwelt bedingt?

2.2) Was kann eine Parteiprogrammkommission und ihr Vorsitzender leisten?

Da Erkenntnisse sich nicht durch Abstimmung in demokratischen Gremien gewinnen lassen, kann die Kommission nicht viel mehr als eine Sammelstelle der verschiedenen Ansichten und Interessen sein. Und das ist nicht wenig, denn durch den Versuch, die verschiedenen Thesen und Meinungen zu einem Programm zusammenzu-

² Der Begriff „Schule“ wird hier nicht als ein geschlossenes System, sondern als eine Forschungsrichtung verstanden.

schweißen, wird die Programmkommission und auch ein Teil der Parteimitgliedschaft gezwungen, über die Liberalität zu reflektieren, und das ist verdammt notwendig, denn die heutigen großen Fluchtbewegungen in die Marxismustheorie, in die Gewalt, in die Resignation und in die Neurose haben viel mit der Denkfaulheit der Liberalen zu tun. Mir scheint, die konservativen und progressiven Parteifreunde versagen nur in verschiedener Weise beim Problem der Heiligen Kühe. Während die Konservativen von der Substanz lebend, geistig impotent geworden die Tradition auszerren, die Fliegen wegwedeln und dabei die immer dürrer werdenden Wiesen und die immer trockener werdenden Brunnen nicht wahrnehmen, feilschen die Progressiven um

den Erlös der zu schlachtenden Heiligen Kühe, den sie vom Abdecker erhoffen, nicht bedenkend, wie danach die Aufzucht des Nutztviehes mit besseren Ergebnissen, als sie von Kolchosbauern erzielt werden, bewerkstelligt werden soll.

Ein Vorsitzender kann anregen, bremsen oder ausgleichen aber nicht das Programm bestimmen. Ich halte das nachfolgende sinngemäß wiedergegebene Urteil eines älteren Parteifreundes daher für unangebracht:

„Da kommt so'n Professor daher gelaufen und will uns alten Parteihasen zeigen was liberal ist.“ Die Einsichten in das Prinzip der Freiheit hängen nicht von der Dauer der Parteimitgliedschaft ab. Ich zolle Ihnen jedenfalls meinen Respekt, wenn ich auch sehr unzufrieden bin, mit dem was die Programmkommission bisher erarbeitet hat. Aber fehlerhafte Theorien können nicht zu richtigen Ergebnissen führen. Denkbar ist jedenfalls ein Programm, das eine mehrheitliche Zustimmung der Parteimitglieder und der Wähler finden würde.

2.3) Was kann ein Parteiprogramm leisten?

Nur wenn eine Partei die absolute Mehrheit in der Wahl gewonnen hat, könnte ein Parteiprogramm so etwas wie ein Fahrplan sein (aber auch nur dann, wenn nicht theoretische Fehler Korrekturen erzwingen). Aber so wie die Dinge liegen, kann das Parteiprogramm bestenfalls eine Orientierungshilfe für die Parteimitglieder und die Wähler sein. Dieses sollte eindeutig am Anfang des Programmes stehen, damit der Wählerbetrug aufhört, damit die innerparteiliche Auseinandersetzung versachlicht

wird und damit die FDP-Mandatsträger ihre grundgesetzliche Unabhängigkeit erhalten.

2.4) Politische Lösungen

Eine erfundene Nachricht: „Nachdem die Erdölländer der BRD die Lieferung von Erdöl gesperrt haben, hat das Parlament beschlossen, daß alle Kraftfahrzeuge ab Montag nächster Woche mit Wasser aufzutanken sind. Nur die Wagen der Feuerwehr, der Polizei und die Krankenwagen dürfen ein Gemisch aus Wasser und Benzin (das aus einheimischen Rohöl gewonnen wird) verwenden.“

Das ist doch völlig verrückt! Ja, aber eine politische Lösung, denn genauso wird im Wirtschafts- und Sozialbereich verfahren. Auch im Programmentwurf findet sich das Wasser-Benzin-Gemisch wieder.

3) Voraussetzungen zur Verinnerlichung der Demokratie

3.1) Zitat „In dem Kartell der Experten und Organisationsspitzen wird bei allem internen Interessengegensatz immer eine Grenze von Spielregeln eingehalten, die das gesamtgesellschaftliche System der Willensdelegation, der Gewaltenteilung und Einkommensverteilung unangetastet lassen.“ (Petra Bauer in Gegenwartskunde 3/71)

3.2) Wenn wir dieses Kartell mit dem formaldemokratischen Umhang überwinden wollen (Ich beginne daran zu zweifeln, daß die FDP dazu einen Beitrag leisten kann und will.), dann müssen wir den Zustand der Entmündigung der Bürger durch die Experten überwinden. (Die Unmündigkeit ist die Folge der Entmündigung.)

Das ist nicht so sehr ein Bildungsproblem bei den sogenannten Massen, als vielmehr bei den Unheil verursachenden Experten. Es zeugt nicht gerade von Intelligenz, wenn Mitbürger vor Sachzwängen kapitulieren, die sie selber geschaffen haben und alles mit den, immer mehr komplizierter werdenden Zusammenhängen entschuldigen.

3.3) Wenn wir wirklich die Demokratie, die freie Gesellschaft verwirklichen wollen, dann brauchen wir den durch seinen Eigennutz (das ist nicht ein platter Egoismus) gesteuerten - im Sinne der Kybernetik - autonomen Bürger, der Teile seiner Autono-

mie an autonome Institutionen delegieren und zurückziehen kann. Wenn die Demokratie von einer größeren Zahl Menschen verinnerlicht werden soll, dann müssen wir die gesellschaftlichen Strukturen durch- und überschaubarer machen, nicht nur für Spezialisten, sondern auch für einfache Gemüter. Das setzt nicht weniger, sondern mehr Gedankenarbeit voraus.

3.4) Es wird heute zu recht auf die Verschleißproduktion geschimpft.

Eine noch größere Vergeudung erlauben wir uns aber, in dem eine Politik getrieben wird, die immer mehr Menschen für unproduktive Arbeiten einspannt (unproduktiv im ökonomischen wie im kulturellen und sozialen Sinn).

4) Freie Kultur und selbstverantwortete soziale Vorsorge

4.1 Die Freidemokraten wehren sich zu Recht gegen die Einführung des Kommunismus im Bereich der Wirtschaft (dabei sei darauf hingewiesen, daß es der Marktwirtschaft in keiner Weise schadet, wenn einzelne Betriebe nach kommunistischen Prinzipien geführt werden.), sie merken aber gar nicht, daß bei uns ein Kulturkommunismus herrscht. Dieser Widerspruch – eine Quelle unserer gesellschaftlichen Probleme – ist so tief in den Köpfen der Parteifreunde verwurzelt, daß sogar Gespräche darüber fast unmöglich sind.

Wenn ich den Entwurf eines Programmes zur Schaffung von funktionsfähigen Märkten für Kultur- und Sozialleistungen vorlegte, dann würde sicher sogar in der FDP ein Chor den Ruf „Liberaler Scheißer“ anstimmen.

Aber auch im Bereich der Kultur heißt es Evolution oder Revolution. Und die Maßnahmen die von der FDP gefördert werden, bereiten die Kulturrevolution vor.

4.2) Im Bereich der sozialen Sicherung und Vorsorge müßte ein freiheitliches Programm wesentlich Neues bringen. Wenn aber unser klassenstiftendes. Selbstverantwortung hemmendes, kostspieliges Sozialversicherungssystem überwunden werden soll, dann müssen gleichzeitig die wirtschaftspolitischen Ziele Kaufkraftstabilität, dauernde Vollbeschäftigung und die Änderung der Einkommensverteilung verwirklicht werden, was wiederum eine Frage des Wollens und Erkennens ist.

Es ist jedenfalls eine allgemeine unmittelbare durch Steuern finanzierte staatliche Sozialsicherung, die das Existenzminimum deckt, denkbar, auf der dann eine effektivere individuell gestaltete private Vorsorge aufbaut. Eine Arbeitslosenversicherung ist dann überflüssig. Die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung könnte von privaten Institutionen übernommen werden. (Nebenbei: Das Arbeitsförderungsgesetz scheint mir ein Produkt geistiger Verirrung zu sein.)

5) Mitbestimmung

5.1) Wenn es um das Thema Mitbestimmung geht, wird den meisten Parteifreunden unbehaglich wie beim Thema Eigentum. Erfreulich ist aber, daß im Entwurf zur Programmaussage von personaler Autonomie der Arbeitnehmer die Rede ist. Es ist wirklich leichter, Schritte in Richtung Problemlösungen zu vollziehen, wenn vom autonomen Menschen ausgegangen wird und nicht vom Kollektivmenschen. Zu fragen ist: Welche Voraussetzungen braucht der Mensch um autonom zu sein? Wie kann er autonom bleiben, wenn er Teil einer Klein- oder Großgruppe wird? Und wie müssen die Wechselbeziehungen zwischen Gruppen von autonomen Menschen gestaltet werden?

5.2) Die bisher institutionalisierte Mitbestimmung leistet nicht viel, schadet aber auch nicht. Es gibt zwar immer noch Gewerkschaftskollegen, die hoffen, mit einem verbesserten und verallgemeinerten Montanmodell so etwas wie eine gesamtwirtschaftliche Globalsteuerung vornehmen zu können. Diese Vorstellung ist zwar genauso irreal wie freidemokratische Konjunktursteuerungskunst, hat aber ihre Wurzel in den erlebten wirtschaftlichen Depressionen. Ich sehe auch nicht ein, warum die von der FDP diskutierten Modelle einen Fortschritt bringen sollen, schon lange nicht die Fixierung der Arbeitnehmer in leitende Angestellte und andere Arbeitnehmer. Es liegt weder im Interesse der Unternehmen noch im Interesse der Arbeitnehmer, daß sie vom Gesetzgeber ein bestimmtes Modell der Mitbestimmung als Zwangsjacke verpaßt erhalten. Nützlich allerdings kann es sein, wenn der Gesetzgeber den Betrieben ein bestimmtes Modell vorschreibt, wenn die Belegschaft und die Unternehmensleitung sich nicht auf ein anderes Modell einigen können.

5.3) Wieso komme ich auf die Idee, daß die Mitbestimmung auf Vertragsbasis in die Unternehmen eingeführt werden könnte? Weil die innerbetrieblich zentrale Planung am Ende ihres Lateins ist. Um den Kostenfaktor Unlust zu verringern und die Produktivität zu steigern, werden die Unternehmen bei anhaltender Vollbeschäftigung (!) jedes Pflänzchen, das sich unter den Arbeitnehmern regt und heißen mag: Gruppenautonomie, Selbstkontrolle, Erfolgsbeteiligung, Selbstbestimmung o. ä. sorgfältig hegen und pflegen.

5.4) Die Fragen nach mehr Mitbestimmung im Bereich der Schulen und Universitäten und jenen Institutionen für die eine Zwangsmitgliedschaft besteht, können nicht sinnvoll beantwortet werden, bevor geprüft wurde, ob es nicht möglich ist, einen freien Bereich der Kultur zu schaffen und ob Zwangsmitgliedschaften denn unbedingt erforderlich sind. Die Antwort auf die Frage nach der Einschränkung der Macht des Kapitals, kann nicht ohne Fragen nach den Ursachen des Kapitalismus gefunden werden.

6. Eigentum und Vermögensbildung

6.1 Das Recht auf Eigentum ist in dem Programmentwurf und auch in der allgemeinen Diskussion unter Liberalen zu schwach begründet. Das Eigentum im Sinne von Verfügungsrecht über Sachen zur Ausfüllung der Freiheit wird auch von Sozialisten nicht verneint. Die Herausforderung der Sozialisten besteht doch darin, daß dem Privateigentum an Produktionsmitteln die Ausbeutungseigenschaft angehaftet wird. Hier hat die Verteidigung, besser die Entlastung, des Eigentums durch die Liberalen einzusetzen. Es ist eine der Ungereimtheiten der Parteifreunde, daß sie trotz der Bedrängnis seitens der Marxisten nicht die Gedankengänge von Silvio Gesell prüfen, der plausibel nachweist, daß das Eigentum - abgesehen von der Ausnahme des Bodeneigentums - nur eine abgeleitete Kapitalfunktion hat. Das Urkapital ist das Geld, es hat die gleichen Monopoleigenschaften wie der Boden: Unvermehrbarkeit und Unverderblichkeit. Die Inflationsmöglichkeit hebt diese generelle Aussage nicht auf. Im Gegenteil beide Aspekte erhellen erst den Zusammenhang zwischen schlei-

chender Inflation und Vollbeschäftigung.

6.2 Von dieser Erkenntnis her, ist ein ganz anderer - ein liberaler - Ansatz zur Vermögens- und Steuerpolitik möglich.

Für die überbetriebliche Beteiligung am Zuwachs des Produktionskapitals hat das auch seine Konsequenzen. Nicht nur, daß die Beträge für den Einzelnen nach Aussage eines älteren - von mir als konservativ eingeschätzten- Parteifreundes lächerlich sind und die Programmkommission ihre Angst vor den zu schaffenden Monster-Kapitalsammelstellen nicht verbergen kann; nein, mit den angestrebten Mitteln werden die Kurven der Einkommensverteilung und des Vermögens bestenfalls einen Sockel erhalten aber nicht geändert.

Wenn wir wirklich die Einkommens- und Vermögens Struktur - bei gleichzeitigem Abbau der Verwaltung ändern wollen, dann müssen wir eine Politik fördern, die die Liquiditätsverzichtsprämie des Geldes, den Zins nach unten drückt.

6.3) Es sei das historische Verdienst des Liberalismus das Privateigentum am Boden geschaffen zu haben, sagte in einer Parteiversammlung ein langjähriges FDP-Mitglied mit Vehemenz. In Wirklichkeit ist die Schaffung des Privateigentums am Boden die erste große und folgenschwere Fehlleistung der Liberalen. Schon Adam Smith mußte mit seinen großartigen Gedanken scheitern, weil er den Charakter des Bodeneigentums nicht erkannte.

Wer das jetzige Bodenrecht, das national wie international ein Störungsfaktor ist, verteidigt, ist nicht nur ein Konservativer, sondern ein Menschenfeind - wenn auch nicht immer bewußt -.

Der Schlachtruf „Volk ohne Raum“, der Kampf um Rohstoffquellen, um Fischgründe, die Ein- und Auswanderungsbehinderungen, die Behinderung des Welthandels, all diese Drangsale wurzeln mit in unserem Bodenunrecht.

Wenn von dem Eigentum an produzierbaren Sachen gesagt werden kann, daß es frei macht, so muß vom Bodeneigentum gesagt werden, daß es die Menschen in Herrschende und Sklaven aufteilt.

6.4 Worauf es bei einem neuen Bodenrecht ankommt, ist, daß es 1. einen Markt für

Nutzungsrechte gibt und daß 2. die Bodenrente allen Menschen zufließt. Wenn die allgemeine Bodenrente im nationalen Rahmen aufgebracht und verteilt werden kann, so wird die Rente aus Ausbeutungsrechten an Boden- und Meeresschätzen (Erdöl, Fische etc.) in internationale Kassen fließen müssen (nicht aus Motiven der Wohltätigkeit, sondern aus dem Willen zur Selbsterhaltung heraus.)

6.5 Ein neues Bodenrecht ist auch für die Entwicklung einer freien Landwirtschaft erforderlich. Abgesehen von der Chancenungleichheit zwischen den Pächtern und Eigentümern, läßt sich der Grundsatz „Der beste Boden zum besten Wirt“ bisher nicht realisieren. Auch lassen sich bei dem gegebenen Bodenrecht betriebs- und volkswirtschaftlich vertretbare Hofgrößen nur schwer bilden. Die Flurbereinigung hinkt doch immer mit großem Kostenaufwand hinter der Zeit her. Die Erbteilung und der Strukturwandel sind schneller. Die nationale (europäische und weltweite) Freizügigkeit wird größer, wenn Landwirtschaft allgemein auf Pachtland betrieben wird. Die bestehenden Spannungen zwischen den Regionen und Nationen werden geringer, weil die Landwirte dort anbauen können, wo sie jeweils annehmen, die besten Bedingungen vorzufinden.

7). Steuerreform

7.1) Von der Steuerreform ist heute viel die Rede, schaut man genauer hin, kann ein Fortschritt im Sinne der Gerechtigkeit, der Verwaltungsvereinfachung und der Durchschaubarkeit nicht festgestellt werden. Es ist alles wie der Marsch auf der Drehbühne, alle schreiten vorwärts, ohne weiterzukommen.

Es ist aber unsinnig, den Verfall der Moral zu beklagen und gleichzeitig ein Steuer- und Subventionssystem aufrechtzuerhalten, das wettbewerbsverzerrend und demoralisierend wirkt. Der Fall des „Genossen und Millionärs Josef Kun“ z. B. hat m. E. durchaus etwas damit zu tun, daß der Staat die gesellschaftlichen Beziehungen so regelt, daß jene Bürger belohnt werden, die am Rande der Legalität operieren.

7.2) Unter der Berücksichtigung des nicht vorhandenen Kapitalcharakters von reproduzierbarem Eigentum und der Voraussetzung der Abschöpfung der Bodenrente

und der Umwandlung der Mineralöl- und KFZ-Steuer in eine Benutzungsgebühr ist es denkbar und auch wünschenswert, daß der Staat sich nur aus einer Steuer, der Einkommensteuer, finanziert. Daß die Steuer zur Konkurrentenlenkung nichts taugt, behandle ich später.

Gerechtfertigt ist es durchaus, den Kapitalertrag wesentlich höher als den Arbeitsertrag zu besteuern, denn der Staat hat ja das Vermögensungleichgewicht selbst mit verursacht. Die Körperschafts-, Vermögens-Erbschaftssteuer, die Verkehrs und Verbrauchssteuern zu streichen, braucht kein Traum zu bleiben.

7.3 Aber abgesehen von den Zukunftsaspekten des Steuerrechtes, wird in nächster Zeit die Mehrwertsteuer die Gemüter erhitzen, wenn das Mehrwertsteuergutachten von Karl Walker allgemein zugänglich ist, es liegt z. Zt. den Länderfinanzministern und der Bundesregierung vor. Da es mir in der Eigenschaft-als Mitglied der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zugänglich gemacht worden ist, kann ich hier einige Fakten erwähnen:

1. durch die Mehrwertsteuer werden Beträge in Höhe von 1/5 des Bundeshaushaltes zu Lasten der Staatskasse umverteilt.
2. Die Importsteuer der USA ist im Vergleich zu den Wirkungen der Mehrwertsteuerhandhabung ein milder Protektionismus.
3. Die Mehrwertsteuer stellt eine Subvention der kapitalintensiven Unternehmen dar, sie benachteiligt die lohnintensiven Unternehmen.
4. Die Mehrwertsteuer belastet bestimmte Dienstleitungen, ohne daß dadurch Zugänge in der Staatskasse entstehen.
5. Die Mehrwertsteuer ist keine Verbrauchssteuer, sondern eine Verkehrssteuer, die nicht auf den Verbraucher abgewälzt werden kann, sie belastet den Gewerbeertrag, bevor dieser erstanden ist.

8) Konjunktursteuerung, nationale und internationale Währungsordnung

8.1) Wenn Währungsfragen nicht weiterhin wie Fragen der Metaphysik behandelt

werden sollen, dann müssen naturwissenschaftliche Maßstäbe der Währungstheorie zugrunde gelegt werden.

8.2.1) Das Geld hat seinen Wert durch seine Funktion und nicht durch eine Deckung in Gold oder Devisen. Die Kaufkraft des Geldes hängt nach der Quantitätstheorie – die u. a. von Friedman u. Brunner in neuester Zeit bestätigt wurde – von dem Verhältnis der Geldmenge zur Gütermenge ab. Gesell sagte um die Jahrhundertwende und Brunner heute: Das Geld hat seinen Preis, ausgedrückt in Gütern, (s. „Sparkasse“ 2/71) Ohne Quantitätstheorie bleibt es unverständlich, wie bei fixierten Wechselkursen und Devisenankaufszwang der Bundesbank die Deutsche Mark vom Ausland her inflationiert werden kann. Wer heute noch dem Gold eine Rolle in der Währungsordnung zuspricht, dient der Goldlobby und wirkt gegen eine störungsfreie Währungsordnung.

8.2.2) Große Unsicherheit herrscht darüber, was zur Geldmenge gehört. Die herrschende Lehrmeinung ist, daß das Giralgeld (Buchgeld) zur Geldmenge gehört. Darauf beruht auch die Mindestreservepflicht der Geschäftsbanken. Da die Giralgeldtheorie eine Theorienschöpfung ist (Elimar Rosenbohm), das sogenannte Buchgeld sich aus kurzfristigen Einlagen (Kredite an die Banken) zusammensetzt, ist die Mindestreservepolitik der Bundesbank glatte Enteignungspolitik. Die Gelder, die bei der Bundesbank eingefroren werden, repräsentieren Güteransprüche an den Markt. Diese Ansprüche wurden aber inzwischen von neu geschöpftem Geld geltend gemacht. Für eine erfolgreiche Währungspolitik müßte gelten: Die Geldmenge setzt sich zusammen aus Banknoten und Münzen.

8.2.3) Soweit die Diskontpolitik zur Geldmengenregulierung beibehalten wird, ist zu fordern, daß der Diskontsatz immer etwas über dem Marktzinssatz liegt, damit erst der brachliegende Teil der Geldmenge in den Umlauf kommt. Eine Manipulierung des Zinssatzes durch die Bundesbank ist nicht vertretbar: 1) weil der Zins ein Preis ist und 2) weil jede Erhöhung des Zinsniveaus die Vermögenskonzentration verstärkt.

8.2.4) Notenbanken als Geschäftsbanken mit einer Gewinn- und Verlustrechnung betreiben zu wollen, ist ein Unding. Eine Notenbank kann ihrem Wesen nach nur eine Behörde sein, die nach eindeutigen Prinzipien tätig wird. Eine Politik im Sinne von Abwegen und Kompromissen kann und braucht man den Notenbanken nicht zuzubilligen. Der Notenbankpräsident hat in einer wirklichen Währungsordnung nur die Funktion eines Ingenieurs auf dem Leitstand. Er beobachtet die Skalen und handelt nach einer Betriebsanleitung.

8.3.1) Steuerberater, Steuer- und Währungspolitiker kommen sich im allgemeinen sehr klug vor, wenn sie die Bedeutung der Fiskalpolitik für die Währungs- und Konjunkturpolitik betonen. Daß aber die Wirtschaftlichkeit kommunaler Einheiten enorm leiden muß, wenn die Mittelzuflüsse willkürlich gekürzt oder erweitert werden, wird schamhaft verschwiegen. Darüber hinaus bewirkt die Fiskalpolitik immer mehr Störungen im Bereich der privaten Wirtschaft.

8.3.2) Zur Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes braucht die Währungspolitik den Staatshaushalt höchstens zur Geldmengenregulierung, wobei eine Stilllegung von Geld nur bei einer schrumpfenden Wirtschaft erforderlich wäre. Zuflüsse aus neu geschöpftem Geld dürfen nur zur Vermeidung von Deflationen - bei nicht vorhandener Geldhortung im privaten Sektor - in die Staatskasse gelangen.

8.3.3) Die Konjunktursteuerung, d. h. die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung wird heute durch die schleichende Inflation bewirkt. Dieser Tatbestand hängt einfach damit zusammen, daß die Inflationsverluste das Geld in den Umlauf zwingen. Wenn der unangenehme Umverteilungseffekt nicht der Preis für den „Dienst“ der schleichenden Inflation wäre, hätten wir allen Grund, diese als segensreiche Erfindung zu feiern. Es gibt aber die Möglichkeit, die Konjunktur und die Währung gleichzeitig zu stabilisieren. Nur wir kommen dabei nicht an Gesell vorbei, denn sein Gedanke war es, die Kassenhaltung (die Hortung) mit einer Art Steuer zu belegen. (Nebenbei, aber nicht unwichtig: Gesells weiterer Gedanke war: Bei Vollbeschäfti-

gung der Wirtschaft hat das Kapital einen sinkenden, die Arbeit einen steigenden Ertrag, wenn es gelingt, diesen Prozeß ohne Inflation und ohne Krise in Gang zu halten, dann stirbt der Kapitalismus. Ähnlich drückt sich Keynes aus.)

8.4.1) Über die Notwendigkeit flexibler Wechselkurse etwas zu sagen, dürfte sich inzwischen in der FDP erübrigen. Nur die Vorstellung, daß man innerhalb der EWG fixierte und nach außen flexible Wechselkurse einführen könnte, muß entgegengewirkt werden. Abgesehen davon, daß das Problem der internationalen Währungsordnung nicht nur ein Dollarproblem ist, wirkt die Freigabe der Kurse weniger bedeutender Währungen wie die Freigabe aller Währungen.

8.4.2) Für eine europäische oder eine weltweite Währungsordnung brauchen wir keine Reservewährung, keine Sonderziehungsrechte, kein Gold und auch keine weltweite Einigung. Eine störungsfreie internationale Währungsordnung kann als offenes System, das von zwei Nationen in Betrieb gesetzt werden kann, konzipiert werden. Es brauchen keine Mittel zur Deckung beschafft werden, es muß aber sehr wohl darauf geachtet werden, daß keine zusätzlichen monetären Ansprüche an den Markt entstehen. Ich verweise auf das Buch von Karl Walker „Neue Europäische Währungsordnung“.

9) Gewaltenteilung, Parteienfinanzierung und Schlußbemerkung

9.1) Auch demokratische Parteien sind in ihrem Kampf um Existenz und Macht der Gefahr ausgesetzt, demokratische Prinzipien zu opfern.

9.1.1) Die Gewaltenteilung, eine in Jahrhunderten durch leidvolle Erfahrungen gewonnene Technik der gegenseitigen Machtkontrolle, ist heute praktisch durch die Verfilzung von Exekutive, Legislative und Parteienapparate aufgehoben. Ich glaube, es ist bescheiden, zu fordern, daß Regierungsmitglieder ihre Parlamentsmandate niederlegen sollten. Rücksichtnahme auf persönliche Sicherheitsbedürfnisse der Minister sind da nicht angebracht.

Die konsequente Trennung zwischen Mandat und Regierungsamt hätte außerdem

einen stabilisierenden Effekt für die Regierung.

9.1.2) Die politischen Parteien wirken nach dem Grundgesetz an der politischen Willensbildung mit. Die Möglichkeit, durch ihre Mitglieder im Parlament eine Parteienfinanzierung mit der Wirkung einer Machtkartellfixierung durchzusetzen, verschafft ihnen aber ein Monopol, das ihnen nicht zusteht.

Die FDP am politischen Abgrund der 5 %-Klausel stehend, hätte allen Grund zu einer Neubesinnung. Modelle einer Parteienfinanzierung, die einer permanenten Abstimmung der Bürger gleichkäme, sind schon lange entwickelt worden, und ließen sich mit der SPD zum Vorteil der FDP auch durchsetzen.

9.2) Ich habe mich bemüht, die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir aus den politischen Sackgassen herauskommen könnten und habe dabei nicht mit bitterer Kritik gespart. Worauf es mir aber letztlich ankommt, ist, einen klärenden Beitrag zur Programmdiskussion zu liefern und den Parteifreunden zu zeigen, daß die Liberalität eine Zukunft hat.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit